



## Medikamentenmangel in Deutschland beheben

Unionsfraktion fordert Ampel zum Handeln auf - Aktuelle Stunde im Bundestag

Der Medikamentenmangel in Deutschland ist zum Dauerproblem geworden. Lieferengpässe sind an der Tagesordnung. Beispielsweise fehlt es an Fiebersäften, Antibiotika, Insulin und Krebsmedikamenten. Der Bundesgesundheitsminister jedoch handelt spät und zögerlich, was die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag auf die Barrikaden treibt. Der gesundheitspolitische Sprecher Tino Sorge nannte die Situation für ein Industrieland wie Deutschland unerträglich.

Auf Antrag der Unionsfraktion debattierte der Bundestag in einer aktuellen Stunde über den Arzneimittel-mangel. Tino Sorge erinnerte daran, dass die Union das Problem schon im vergangenen Herbst erkannt und eine Reaktion des Ministers angemahnt hat. Dieser aber rede das Problem klein. Mehr noch: Mit seinem Gesetz zur Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung habe er die Lage verschärft, indem er die Honorare für Apotheker gesenkt und den Pharma-Standort Deutschland unattraktiver gemacht habe.

Das inzwischen vorliegende Gesetz zur Behebung des Medikamentenmangels werde von sämtlichen Experten zerrissen, sagte Sorge. Hauptproblem ist, dass es auf Sofortmaßnahmen verzichtet und das Problem nicht zielgerichtet und allenfalls langfristig angeht. Der CDU Gesundheitspolitiker Georg Kippels mahnte den Gesundheitsminister, den Dialog mit den Pharma-Herstellern zu suchen, damit diese wieder vermehrt in Deutschland und Europa investieren.

Die Unionspolitiker äußerten auch Verständnis für die Sorgen der Apotheker, die am Vortag für eine Verbesserung ihrer finanziellen Situation und der Rahmenbedingungen gestreikt und demonstriert hatten. Kippels wies darauf hin, dass in Deutschland alle 17 Stunden eine Apotheke schließe. „Wir können uns einen solchen Verlust nicht leisten“, warnte er. Auch der CSU-Abgeordnete Stephan Pilsinger sagte: „Die Apotheken dürfen nicht kaputtgespart werden.“ Sie müssten von steigenden Kosten und bürokratischen Anfor- Seite 2

### AiF fördert Projekt aus dem Wahlkreis Biberach

In Berlin stellte die Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen (AiF), welche die Innovationsförderung des Bundeswirtschaftsministeriums betreibt, geförderte Projekte vor. Dazu gehörte auch eine Innovation aus dem Wahlkreis Biberach. Das Laupheimer Unternehmen G+L Innotec hat ein Wasserstoff-Rezirkulationsgebläse für die Brennstoffzelle entwickelt. Mit der Entwicklung kann die Effizienz der Brennstoffzelle verbessert werden. Fördermittelberater Florian Steidele hat mit seinem Unternehmen das Projekt begleitet.

Die Mittel stammen aus dem Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM), das noch die vorherige CDU-geführte Bundesregierung aufgelegt hatte, welches aber von der Ampel nur sehr zögerlich mit neuen Mitteln ausgestattet wurde. Dies hatte im Mittelstand



für viel Verunsicherung gesorgt und sogar Forschung verzögert. ■

Besuchen Sie Josef Rief auch auf seiner Homepage, bei Facebook und auf Instagram!



## Fortsetzung von Seite 1

derungen entlastet werden. Die CDU/CSU-Fraktion hat in einem Antrag zur Behebung des Medikamentenmangels Anfang des Jahres konkrete Lösungsvorschläge unterbreitet. So forderte sie die Bundesregierung unter anderem auf, unverzüglich einen Beschaffungsgipfel einzuberufen und alternative Beschaffungsmöglichkei-

ten auszuloten. In Brüssel solle diese sich für die Rückverlagerung der Produktion nach Europa einsetzen. Zudem sprach sich die Union für ein nationales Frühwarnsystem aus, um rechtzeitig auf Lieferengpässe bei wichtigen Arzneimitteln reagieren zu können. ■

## Nationale Sicherheitsstrategie: „Blutleer“ und „irrelevant“

Die Unionsspitze hat sich enttäuscht über die Nationale Sicherheitsstrategie gezeigt, die die Ampel mit anderthalb Jahren Verzögerung vorgelegt hat. CDU/CSU-Fraktionschef Friedrich Merz nannte das Strategiepapier blutleer und irrelevant. Zudem bemängelte er, dass die Regierung auf die Schaffung eines Nationalen Sicherheitsrates verzichtet. Ein solcher Rat könnte in Krisensituationen die Koordinierung der Reaktionen von Bund, Ländern und EU übernehmen.

„Die Bundesregierung bleibt hinter den selbst gestellten Ansprüchen weit zurück“, sagte Merz. Das Papier sei kaum dazu geeignet, die Politik der Regierung zu beeinflussen. Es taue allenfalls für die Archive. Merz kritisierte auch, dass sich die Bundesregierung weder mit den Bundesländern noch mit EU- und NATO-Partnern abgestimmt hat. Deshalb sprach er von einer „großen Enttäuschung“.

CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt nannte die Strategie ein Sammelsurium von einzelnen Vorschlägen, während es an einem Koordinierungsgremium fehle. „Ideen aufschreiben ist noch keine Strategie“, sagte er. Positiv hob er das klare Bekenntnis der Koalition zum transatlantischen Bündnis sowie zum Prinzip der Abschreckung und der nuklearen Teilhabe hervor. Enttäuscht zeigte sich Johann David Wadephul darüber, dass die Bundeswehr von der Strategie nicht profitiere. Zwar bekenne sich die Regierung zum Zwei-Prozent-Ziel der NATO, doch schlage sich das im Haushalt nicht nieder. „Die Bundeswehr bleibt praktisch wehrlos zurück“, sagte der Fraktionsvize. Man weise ihr Aufgaben zu, aber keine Mittel. Unverständnis zeigte er auch angesichts der Tatsache, dass die Länder in die Erarbeitung der Strategie nicht einbezogen wurden, obwohl doch die Gefahrenabwehr Aufgabe der Länder und ihrer Polizeien sei. ■



## Firma Osterrieder besucht Bundestag

Am Freitag empfing Josef Rief eine Gruppe des Pfaffenhausener Silo- und Betonbauspezialisten Osterrieder im Bundestag. Es war Josef Rief ein besonderes Anliegen, den Besuchern auch seine Berliner Wirkungsstätte zu zeigen, nachdem er über viele Jahre mit der Firma

Osterrieder geschäftlich verbunden ist und Projekte auf seinem Hof verwirklicht hat. Nach dem Gespräch und einer Führung durch die Gebäude konnten die Gäste noch auf der Besuchertribüne im Plenarsaal Platz nehmen und die Kuppel besuchen. ■